

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 254 (1981)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1979 bis zum 15. Mai 1980

Die Revolution in *Persien* hat, wie zu erwarten gewesen ist, ihre langen Schatten weiterhin über die ganze Berichtsperiode geworfen. Es zeigt sich jetzt, dass diese Revolution von mehr als nur nationaler Tragweite gewesen ist. Ihre geistigen und seelischen Wurzeln liegen viel tiefer, als zunächst vermutet worden war. Die islamische Revolution gegen die säkularisierte Staatsmacht, welche Fehler und anrüchige Taten auch immer dem vormaligen Regime angelastet werden müssen, ist als radikale Reaktion eines sich seiner alten Kultur und Identität bewussten Volkes zu betrachten, das sich dagegen sträubt, das Opfer seiner Seele im Zuge einer ihm auferlegten Anpassung an die gesellschaftlichen Bedingungen einer als wesensfremd empfundenen modernen Zivilisation zu erbringen. Insofern dürfte der vehemente Ausbruch in Persien stellvertretend sein für ein tiefes Malaise, das vielfach auch in anderen Entwicklungsländern anzutreffen ist, die bereits einen gewissen materiellen Aufschwung genommen haben.

Das theokratische Regime des Ayatollah Khomeini konnte sich im vergangenen Jahr trotz zeitweiligem Chaos, trotz einem deutlichen Zerfall von Armee und Verwaltungsbürokratie, trotz einer Reihe von Aufständen in den von Minderheitsvölkern besiedelten Randgebieten Persiens und trotz grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich in einer enormen Arbeitslosigkeit niederschlagen, ziemlich unbestritten an der Macht halten. Auch das befürchtete Abdriften der islamischen Revolution in eine radikale Revolution der Linken ist unterblieben. Der Versuch mit einer provisorischen, nachrevolutionären zivilen Regierung unter Bazargan ist zwar schliesslich gescheitert, und der Revolutionsrat hat, zusammen mit Khomeini, die Macht im Staat ungeteilt in den Händen behalten; aber eine gewisse Normalisierung ist doch in Persien darin zu erblicken, dass auf Grund eines Plebiszits eine «Islamische Republik» entstanden ist, die in einer neuen Verfassung einen Ansatz zur

Institutionalisierung des Staates findet. Die ersten Präsidentschaftswahlen Ende Januar haben den Chefideologen der Revolution und zeitweiligen Aussenminister Bani Sadr zum neuen Staatsoberhaupt avancieren lassen. Mitte März schliesslich fanden die ersten regulären Parlamentswahlen statt, die eine Bestätigung der Vorherrschaft der geistlich-islamischen Gruppen ergab. Die Partei Bani Sadrs erzielte keinen Erfolg. Ayatollah Khomeini bleibt im Hintergrund, ist aber nach wie vor der wahre Drahtzieher alles politischen Geschehens in Persien geblieben, obwohl sein Gesundheitszustand zu wünschen übrig lässt.

Als die amerikanische Regierung dem krebskranken, in Mexiko im Exil weilenden Schah die Erlaubnis erteilte, sich in einem Spital in New York behandeln zu lassen, ist die amerikafeindliche Grundhaltung in Teheran explodiert. Der Schah wird offiziell als ein Verbrecher betrachtet, der vor ein persisches Revolutionstribunal gebracht werden soll, um für seine Handlungen während seiner Regierungszeit abgeurteilt zu werden. Er befindet sich aber seit seinem Abgang ausserhalb der persischen Gerichtsbarkeit. Desse[n] ungeachtet ist versucht worden, den Schah auf dem Wege der Auslieferung zurückzubekommen, was aber an den völkerrechtlichen Hürden scheiterte. Die Aufnahme des Schahs in einem amerikanischen Spital ist als ein weiterer Beweis dafür betrachtet worden, dass die USA mit dem Schah zusammenarbeiten, um ihn – wie bereits einmal in der Ära Mossadegh – wieder auf den Thron zu bringen. Die Anwesenheit des Schahs in den USA und die Weigerung, ihn auszuliefern, führten in Teheran zu hysterischen Reaktionen. In deren Verlauf nahm eine revolutionäre Studentengruppe unter Hinwegsetzung über alle Regeln des Völkerrechts am 4. November Besitz von der amerikanischen Botschaft und 70 Amerikaner als Geiseln gefangen. Khomeini hat diese Aktion ausdrücklich gebilligt.

Dieser alle Regeln der Diplomatie und des Völkerrechts verhöhnende Terrorakt qualifiziert sich als ein von einem Staat offiziell begangenes oder gebilligtes Verbrechen, wie es seit dem Boxeraufstand in China zu Beginn dieses Jahrhunderts in dieser Art nie mehr vorgekommen war!

Die Beziehungen zwischen den USA und der neuen «Islamischen Republik Persien» sind wegen dieser beispiellosen Herausforderung auf dem Nullpunkt angelangt. Am einschneidendsten für Persien ist das amerikanische Embargo für Ersatzteile von Maschinen und Waffensystemen amerikanischer Herkunft sowie die Sperre aller staatlichen Guthaben Persiens auf amerikanischen Banken. Die Spannung zwischen Persien und den USA hat sich im April nochmals verschärft durch einen am 24./25. April überraschend in Szene gesetzten Versuch, die Geiseln in Teheran zu befreien. Die amerikanische Operation stand von Anfang an unter einem Unstern, indem drei der von einem Flugzeugträger aus eingesetzten Helikopter bei einer Zwischenlandung in der iranischen Wüste ausfielen und eines der grossen Transportflugzeuge am Boden explodierte. Präsident Carter war gezwungen, wegen der für einen Erfolg der Aktion hiernach ungenügenden Lufttransportmittel die geplante Operation abzustoppen. Carter gab in einer Fernsehansprache am Morgen des 25. April den Misserfolg bekannt. Eine gewaltsame Befreiung der Geiseln erscheint fortan als unmöglich, weil diese nunmehr Vorsichtsmassnahmen auf mehrere Städte Persiens verteilt worden sind.

* * *

Die spektakulären Ereignisse in und um Persien sind im Berichtsjahr durch ein anderes Ereignis von weltpolitischer Bedeutung gewissermassen noch in den Schatten gestellt worden: In den Weihnachtstagen erfolgte ein von langer

Hand vorbereiteter Einmarsch sowjetischer Truppen in das vormals als «blockfrei» geltende *Afghanistan*. Die offizielle Version der Sowjets war, dass sie von der in Bedrängnis geratenen afghanischen Regierung um «brüderliche Hilfe» gebeten worden seien, um «imperialistischen Machenschaften ausländischer Mächte» zuvorkommen. Die militärische Aktion rollte zunächst fast reibungslos ab, wenn man von Schiesereien in der Hauptstadt Kabul absieht. In deren Gefolge ist der einige Monate zuvor auf Grund eines Putsches gegen seinen Vorgänger Taraki an die Macht gekommene Präsident Amin, zusammen mit Familienangehörigen und einigen Exponenten seines Regimes, als «Volksfeind» hingerichtet worden. Es ist noch unklar, ob die Ermordung von Amin ein Teil des sowjetischen Überfallplans oder aber ein «Betriebsunfall» gewesen ist. Ebenfalls unklar ist, von welcher Stelle der angebliche Ruf nach «brüderlicher Hilfe» ausgingen sein könnte.

Es ist den Russen auf Anhieb nur gelungen, die grösseren Städte und das Hauptnetz der Verbindungsstrassen unter ihre Kontrolle zu bringen; mehr vorderhand nicht. Die Annahme ist naheliegend, dass es sich um eine politische Fehlkalkulation der Konsequenzen einer Operation dieser Art gehandelt hat, aus welcher Moskau sich, als der Irrtum offenbar wurde, nicht mehr ohne krasse Gesichtsverlust glaubte zurückziehen zu können. Das afghanische «Abenteuer» des Kreml ist zu einer sehr beträchtlichen aussenpolitischen Belastung der Sowjetunion geworden. Sie steht vor den Augen der übrigen Welt als Ag-



Georges-André Chevallaz
Bundespräsident für das Jahr 1980
Photo Hansueli Trachsel, Bern



Geiselauffärt in Teheran

50 Angehörige der amerikanischen Botschaft wurden durch das Khomeini-Regime als Geiseln festgesetzt; vor ihrer Freilassung soll der ehemalige Schah von Persien an Iran ausgeliefert werden.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

gressor da und hat ihre Absicht, Schritt für Schritt die Vorherrschaft in der Welt zu gewinnen, neuerdings erkennen lassen. Der Überfall auf Afghanistan wirkte als ein Schreckschuss.

Was die Reaktion der westlichen Mächte anbelangt, so haben die USA prompt mit harten Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion reagiert, unter denen ein Embargo auf Weizen- und Maislieferungen und von hochentwickelter, moderner Technologie hervorsticht. Die grössten NATO-Länder liessen es zunächst bei verbalen Protesten bewenden. Grossbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland gehen aber grundsätzlich in der gravierenden Beurteilung der Lage mit der amerikanischen Regierung einig.

Zu einer harten Verurteilung gelangte auch eine Konferenz der islamischen Staaten in Islamabad. Selbst in der UNO ist die UdSSR auf die Anklagebank versetzt und mit einem eindrückli-

chen Mehr aller Mitgliedstaaten getadelt worden. Zu erwähnen bleibt noch, dass der Einmarsch in Afghanistan nicht ohne Einfluss auf die Olympischen Spiele in Moskau bleiben wird, sollen diese doch von einer voraussichtlich grösseren Zahl von Ländern boykottiert werden, allen voran von den USA und von der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Teilnahme abgesagt haben.

* * *

Die Beziehungen zwischen Ost und West sind freilich nicht erst durch die Ereignisse in Afghanistan nachhaltig gestört worden. Es scheint im nachhinein fast so, als ob die KSZE in Helsinki

nicht nur der Höhepunkt, sondern auch der Wendepunkt der Entspannungsära gewesen sei. Zwar fehlte es nicht an weiteren Lippenbekenntnissen zur Politik einer begrenzten Partnerschaft der Weltmächte; und am 15. Mai 1979 kam es noch zu einem persönlichen Treffen zwischen Präsident Carter und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnew in Wien. Bei dieser Gelegenheit ist noch ein zweites Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) unterzeichnet worden. Aber im amerikanischen Kongress ist das Abkommen zuerst verzögert und schliesslich aufs Eis gelegt worden. Die plötzlich entdeckte Anwesenheit einer sowjetischen Kampfbrigade in Kuba bildete ein erstes Signal, dass es mit den «vertrauenbildenden Massnahmen» auf sowjetischer Seite nicht eben weit her war. Carter machte schliesslich zwar noch einmal gute Miene zum bösen Spiel auf Kuba; aber die Störung des gegenseitigen Kli-

mas war von Dauer. Von SALT II spricht seit dem sowjetischen Übergriff auf Afghanistan niemand mehr.

Die fortgesetzten, gigantischen Rüstungsanstrengungen der UdSSR, die mit rein defensiven Zwecken nicht mehr erklärt werden können, haben zu einer entsprechenden Reaktion bei der NATO geführt. Diese führt zielstrebig eine sogenannte Nachrüstung durch, um gegenüber dem Warschauer Pakt nicht noch mehr ins Hintertreffen zu geraten, als das bei den konventionellen Waffen schon seit geraumer Zeit der Fall gewesen ist. Die NATO-Staaten sind übereingekommen, die Rüstungsausgaben jährlich um 3% anzuheben. Um die Patt-Situation in Europa aufrecht zu erhalten, sollen auch im nuklearen Bereich grössere Anstrengungen unternommen werden. Zu diesem Zweck werden sog. «Cruise Missiles» in grosser Zahl zusätzlich in Europa stationiert. Diese nuklearen Mittelstreckenraketen könnten den grössten Teil des europäischen Territoriums der Sowjetunion treffen. Dagegen hat die UdSSR emsig ihre diplomatischen und politischen Druckmittel eingesetzt. Den betreffenden Entscheid im Rahmen der NATO konnte sie aber nicht verhindern.

In extremis machte Breschnew anlässlich der Feier zum dreissigjährigen Bestehen der DDR am 6. Oktober in Ostberlin eine Geste, indem er überraschend den Rückzug von 20 000 Mann sowjetischer Truppen und von 1000 Kampfpanzern aus dem Gebiet der DDR ankündigte. Da in der DDR ständig etwa 400 000 Mann sowjetischer Truppen stationiert sind, war diese gleichzeitig als Friedensbeteuerung und Offerte im Hinblick auf das neue Rüstungsprogramm der NATO-

Staaten wenig eindrucksvoll; sie verfing nirgends. Ausserdem zeigte es sich im Verlaufe des Jahres, dass Moskau die Unterdrückung im Innern – entgegen allen Zusicherungen im Rahmen der KSZE-Abmachungen – zusehends verschärft und gesonnen ist, die «Bürgerrechtsbewegung» mit repressiven Mitteln zu vernichten. Den Kulminationspunkt bildete die im Frühjahr erfolgte Deportation des sowjetischen Nobelpreisträgers Andrej Sacharow, dem ein Zwangsaufenthalt fern von Moskau auferlegt worden ist.

Das Anziehen der Schraube im Innern der Sowjetunion ging Hand in Hand mit aggressiveren Tönen in der Aussenpolitik. Die Rückkehr zu einer neuen Ära des Kalten Krieges ist im Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR schon heute Tatsache, und im Verhältnis zwischen der UdSSR und den NATO-Staaten steht sie unmittelbar bevor. Man bemüht sich indessen immer noch, wenigstens gegenseitig im Gespräch zu bleiben. Randerscheinungen sind, dass die Sowjetunion in der Dritten Welt ausserhalb des Kreises ihrer Klientenstaaten Sympathie und



Brutaler Überfall Russlands auf Afghanistan
Afghanische Heckenschützen bekämpfen einen sowjetischen Panzer- und Lastwagenkonvoi beim Einmarsch in Kabul.
Photopress-Bilderdienst, Zürich



Letzte Olympische Spiele der Neuzeit?

Die Winterspiele 1980 fanden in Lake Placid (USA) statt. Unser Bild zeigt das Eintreffen des olympischen Feuers vor dem Stadion am Eröffnungstag.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Vertrauen eingebüßt hat und die Kontaktnahmen der Volksrepublik China mit dem Westen intensiviert werden. Der chinesische Partei- und Regierungschef Hua Kuo-feng hat während drei Wochen im Oktober die Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien und Italien besucht.

Ein weiteres Ereignis wirft lange Schatten vor- aus: Am 3. Mai ist in Ljubliana nach einem Krankenlager von mehr als 100 Tagen der jugoslawische Staatschef Marschall Tito gestorben, der die letzte überlebende Führergestalt aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs gewesen ist. Er ist am 8. Mai in Anwesenheit der politischen Prominenz aus aller Welt in Belgrad feierlich zu Grabe getragen worden. Tito galt als Garant der Existenz des Vielvölkerstaates Jugoslawien, der in den Nachkriegsjahren erfolgreich eine eigenständige Politik der Blockfreiheit zwischen Ost und West praktizieren konnte. Die Nachfolge Titos

ist zwar verfassungsmässig gesichert worden; aber ob die neue Kollektivführung unter jährlich wechselnden Präsidenten den Zusammenhalt der Föderation heterogener Republiken ebenso fraglos zementieren kann, wie das der überragenden staatsmännischen Figur Titos gelungen ist, wird besonders dann als nicht über jeden Zweifel erhaben betrachtet, wenn die versteckt vorhandenen internen Spannungen mit einer akuten Bedrohung von aussen zusammenfallen und zielstrebig aktiviert werden. Das begehrliche Auge Moskaus ist nie von der Adria abgewandt worden. Und das Exempel des sowjetischen Vorgehens gegen Afghanistan lässt befürchten, dass eine politische und militärische Aktion der UdSSR nach Titos Verschwinden gelegentlich gegen Jugoslawien ausgelöst werden könnte, um die abtrünnigen Südslawen so hart an die Kandare zu bekommen, wie das mit den anderen Oststaaten Europas geschehen ist. Ein Angriff auf Jugoslawien könnte ebenso den Weltkrieg bedeuten wie seinerzeit der österreichische Angriff auf Serbien und der Angriff Hitlers auf Polen!

* * *

Was hat das Jahr den *westlichen Staaten* im Innen beschert? Es gibt für fast alle Staaten des Westens zwei gemeinsame Stichwörter. Einerseits ist der Ölpreis abermals stark in die Höhe getrieben worden, was zunehmend die Zahlungsbilanzen der Verbraucherländer stark belastet und das wirtschaftliche Wachstum drosselt. Es waren immer höhere Inflationsraten festzustellen, die beispielsweise in Frankreich 13%, in Grossbritannien und in den USA nahezu 20% im Jahr erreicht haben! Entsprechend ist das Zinsgefüge in Richtung nach oben in Bewegung geraten, was die Investitionen verteuert. Die befürchtete neue starke Rezession auf Grund der erhöhten Energiepreise ist noch nicht über die Weltwirtschaft hereingebrochen; alle wirtschaftlichen Beobachter sind sich aber darüber einig, dass die Zeche für die letzte Runde von Ölpreiserhöhungen überall sehr schmerzlich spürbar werden müsse.

Nach wie vor ist aber wirkliche Not nicht so sehr von diesen unerfreulichen Erscheinungen zu

befürchten als vielmehr von der Möglichkeit, dass durch irgendwelche Ereignisse die dünne Nabelschnur der Versorgung mit Brennstoffen plötzlich gekappt werden könnte! Der Westen lebt in dieser Beziehung um so mehr unter einem Damoklesschwert, als auch in den Oststaaten in wenigen Jahren das Öl knapp zu werden droht und deshalb die bestehenden ideologischen und machtpolitischen Differenzen noch durch eine verschärzte Rivalität um die Nutzung der so enorm wichtigen Ölquellen im Nahen und Mittleren Osten verschärft werden könnten. Ein Ausweichen auf andere Energieträger ist mühsam, kostspielig und vor allem nur auf längere Zeit möglich. Die Nutzung der Kernkraft schreitet wegen der anhaltenden Gegnerschaft in den meisten westlichen Ländern nur harzend voran; sie stagniert in manchen Ländern. Unglücklicherweise ist fast überall auch dieendlagerung des radioaktiven Atommülls noch nicht praktisch gelöst, obschon alle wissenschaftlichen und technischen Daten vorliegen.

* * *

Auf der politischen Szene in den USA war ein auffallendes Schwanken der Popularität von Präsident Carter zu beobachten. Carter glaubte sich gezwungen, die Effizienz der Regierungstätigkeit zu überprüfen und sein Regierungsteam zu verändern. Bei dieser Gelegenheit sollte ein neuer Schwung erzeugt werden. Carter selber geriet aber erst durch äussere Ereignisse (Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, Afghanistan) in einen Aufwind, der seine Chancen in den kommenden Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1980 merk-

lich verbessert. Noch bemerkenswerter war in den USA ein fast abruptes Wiedererwachen der nationalen und patriotischen Gefühle, welche die psychologische Grundlage für eine wirksamere Wahrnehmung der führenden Rolle der USA im Westen abgeben. Es ist, als ob sich die USA nach den schmerzlichen Gewissensforschungen der Ära des Vietnamkrieges und nach dem Schock der Watergate-Affäre wieder gefunden hätten.

Carter hat unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass der Versuch einer Abwürgung der Ölvorsorgung im Mittleren Osten für die Vereinigten Staaten einen Kriegsgrund abgäbe. Zur Untermauerung dieser Erklärung sind Vorbereitungen getroffen worden, eine besondere Interventionstruppe mit 110000 Mann aufzustellen, die so ausgerüstet wird, dass sie an jeder beliebigen Stelle der Welt jederzeit eingesetzt werden und während mindestens zwei Monaten unab-



Das war noch vor dem russischen Überfall auf Afghanistan.
Präsident Jimmy Carter (links) und Staatschef Leonid Breschnew anlässlich von Abrüstungsgesprächen in Wien.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

hängig von allem Nachschub kämpfen kann. Auch im konventionellen Bereich rüsten die USA auf; der Militäretat ist stark erhöht worden.

In *Grossbritannien* versuchte die Regierung Thatcher eine wirtschaftliche Sanierung durch starke Beschneidungen der Staatsausgaben und durch die Schaffung von neuen Anreizen für die vielfach müde gewordene Industrie. Harte Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften sind nicht ausgeblieben, weil einerseits die Lohnerhöhungen gedrosselt, andererseits eine höhere Produktivität der Arbeit herbeigeführt werden muss. Die Entlastung der Zahlungsbilanz durch das britische Nordsee-Öl beginnt sich bemerkbar zu machen; doch ist noch keine positive Bilanz erreicht worden. Mit der EWG führte Frau Thatcher einen harten Disput, weil auf Grund der Importabgaben für landwirtschaftliche Produkte die britischen Ausgleichszahlungen an die EWG ein als untragbar betrachtetes Ausmass erreicht haben. Dies ist ein paradoxer Aderlass für ein wirtschaftlich eher schwaches EWG-Mitglied, während andere, viel reichere Länder profitieren. Die EWG-Gipfeltreffen in Dublin und Luxemburg haben die Härte dieser Auseinandersetzung zum Vorschein gebracht; eine neue Regelung, die allseits annehmbar wäre, ist erst Ende Mai in Sicht gekommen. Die EWG-Begeisterung ist in *Grossbritannien* so gering geblieben, dass die Regierung sogar einen Austritt ins Auge fassen könnte! Eine so drastische Handlungsweise war aber vorderhand nicht beabsichtigt.

In *Italien* kam es zu neuen Regierungskrisen, das letzte Mal im März und April im Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung Cossiga. Von einer Teilung der Regierungsverantwortung zwischen den Christlich-Demokraten und den Kommunisten war nicht mehr die Rede. Immer noch wird Italien laufend von terroristischen Anschlägen heimgesucht, obschon es in der Zwischenzeit gelungen ist, einer grossen Zahl von aktiven Terroristen habhaft zu werden und einer der Chefideologen verhaftet worden ist. Es sind neue Massnahmen im Kampf gegen die Terroristen beschlossen und durchgeführt worden. Das hinderte aber nicht, dass seit Anfang 1980 der Terrorismus noch zugenommen hat. Die «Roten Bri-

gaden» haben es jetzt vor allem auf die Vertreter der Justiz und auf die Presse abgesehen. *Frankreich* zeigte eine gewisse Annäherung an die NATO, ohne dass freilich die frühere volle Integration in dieses Verteidigungsbündnis wiederhergestellt worden wäre. Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ist gut geblieben, während die Beziehungen mit *Grossbritannien* wegen Differenzen in der Landwirtschaftspolitik abgekühlt worden sind. Mehrmals hat sich Frankreich als Ordnungsmacht in Afrika betätigt, so beim Sturz des grössenwahnsinnigen Kaisers Bokassa in Zentralafrika und mit einer militärischen Hilfestellung in Tunesien bei einem von Libyen aus angezettelten Überfall auf die Stadt Gafsa. Die proarabische Haltung Frankreichs blieb unverändert. In der *Bundesrepublik Deutschland* ist am 23. Mai 1979 Karl Carstens (CDU) zum Nachfolger des Bundespräsidenten Scheel (FDP) gewählt worden. Auf der innenpolitischen Szene hatte die einem programmatischen Umweltschutz verpflichtete Partei der «Grünen» Fortschritte zu verzeichnen. In Bremen hatte sie einen ersten Erfolg; anfangs 1980 ist es ihr auch gelungen, in Baden-Württemberg einige Parlamentssitze zu erobern. Bei einem Treffen in Saarbrücken kam es dann aber zu einem schweren Zerwürfnis zwischen dem linken und dem rechten Flügel der «Grünen». In Nordrhein-Westfalen gelang die Überspringung der 5%-Hürde zu Parlamentssitzen nicht. Wiederum machte die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie viel reden. Die Bemühungen um die Schaffung einer sicheren Kaverne zur Endlagerung von Atommüll in einem ausgedehnten Salzstock bei Gorleben sind an der weitverbreiteten Gegnerschaft vorläufig gescheitert. Es werden vorläufig Probebohrungen durchgeführt.

Aus *Schweden* ist eine am 23. März abgehaltene konsultative Volksabstimmung über die Verwendung der Kernenergie zu melden. Diese ist überraschend stark zugunsten der Befürworter ausgegangen: Rund 58% der Stimmenden sprachen sich zugunsten, rund 40% gegen Kernkraftwerke aus! Der Ausgang dieser Volksbefragung bedeutet, dass nicht weniger als sechs weitere Kernkraftwerke entweder in Betrieb genommen oder neu erstellt werden können, was die

schwedische Energieerzeugung schliesslich mit 12 solcher Werke dotieren wird. Der jahrelange, harte Streit in Schweden ist damit entschieden worden. In *Dänemark* ist die Regierungskoalition der Sozialdemokraten und Liberalen zerbrochen. *Belgien* kämpfte einmal mehr mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das Handelsbilanzdefizit hat sich verdreifacht; aber die Inflationsrate blieb mit 5,5% im Vergleich zu anderen EWG-Ländern niedrig. Eine neue interne politische Struktur soll den erhofften Frieden zwischen den verfeindeten Sprachgruppen herbeiführen. In den *Niederlanden* hat sich die greise Königin Juliana, wie 1948 deren Mutter Wilhelmine, zum Thronverzicht zugunsten ihrer Tochter Beatrix entschlossen. Der Thronwechsel fand anfangs Mai 1980 statt.

* * *

Dem Blick auf die politische Szene in Übersee zeigt sich ein sehr unruhiges Bild. In *Südkorea* ist der langjährige, mit diktatorischer Gewalt herrschende Präsident Park Tschung-Hi von seinem Geheimdienstchef ermordet worden. In *Indien* ist im Gefolge von Wahlen die vormalige Ministerpräsidentin Indira Gandhi im Triumph wieder an die Spitze der Regierung zurückgekehrt. *Israel* hat weitere Teile des Sinai geräumt und nach einer mehr als 100% betragenden Inflation eine Währungsreform durchgeführt. Das entwertete israelische Pfund ist durch den Schekel abgelöst worden. Das politische Schicksal von Cis-Jordanien ist immer noch ungelöst; wegen der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten ist es neuerdings zu harten Auseinandersetzungen gekommen. Der Frieden mit



Swissair-Unglück in Athen

14 der 142 Passagiere einer DC-8 der Swissair, welche über den Pistenrand hinausgerollt und in Brand geraten war, konnten nur noch tot geborgen werden.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Ägypten hat aber gehalten. Allerdings wird Sadats Geduld mit der Zeit überstrapaziert! Hingegen kam es immer noch nicht zu einer Aussöhnung Israels rundum mit den arabischen «Verweigerungsstaaten». In *Saudi-Arabien* fand eine überraschende Besetzungsaktion einer revolutionären Gruppe statt. Während mehrerer Wochen wurden die Moschee und die Kaaba von Mekka, der Zielpunkt islamischer Pilgerreisen, von tollkühnen Aufständischen besetzt gehalten. Die Besetzer wurden allesamt öffentlich hingerichtet. Saudi-Arabien verlängerte die vorübergehende Mehrproduktion von Erdöl zur Kompensierung des Ausfalls des früher grossen Produktionsvolumens von Persien zur Entlastung des Weltmarkts. Bei der neuen Runde von Preissteigerungen innerhalb der OPEC zeigte dieser grösste aller Ölproduzenten eine bemerkenswerte Zurückhaltung.

Das wichtigste Ereignis auf dem afrikanischen Kontinent war zweifellos die Lösung des Konflikts um *Rhodesien*: An einer Konferenz in Lon-

don ist es dem britischen Aussenminister Carrington gelungen, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen und Rhodesien von der Last eines Jahre währenden Guerillakriegs zu befreien. Rhodesien verzichtete auf die einseitig erklärte Unabhängigkeit und willigte in eine vorübergehende Rückkehr unter britische Herrschaft ein. Am 12. Dezember nahm der britische Gouverneur Soames seine Funktionen in Salisbury auf, worauf die internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien aufgehoben wurden. Die Normalisierung ging rasch vonstatten. Die ersten allgemeinen Parlamentswahlen brachten dem Marxisten Mugabe einen überraschenden Sieg; aber es scheint, dass in dem im April von Grossbritannien unabhängig gewordenen Zimbabwe (neuer Name für Rhodesien) eine recht gute Chance zu einer kontinuierlich ersprießlichen Entwicklung ohne Konfrontation mit Südafrika besteht.

* * *

Von den Ereignissen in der weiten Welt rücken wir nunmehr ab, um den Blick auf die *Schweiz* zu richten. Was ist hier in der Berichtsperiode erwähnenswert? Zunächst ist festzustellen, dass die Wirtschaftslage im allgemeinen zu weniger Klagen Anlass gegeben hat als in den Jahren zuvor; die Konjunkturprognose ist für das ganze Jahr 1980 befriedigend. Der Bestellungseingang war gut, und die Auftragsbestände in der Industrie stiegen wieder merklich an. Auch Produktion und Kapazitätsauslastung sind besser geworden. Bis zum Frühjahr 1980 sind die Exporte steigend gewesen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist so gut wie gebannt. Diese Sorge wird bereits wieder von einem austrocknenden Arbeitsmarkt verdrängt, der in einzelnen Branchen Schwierigkeiten zu machen beginnt. Der Bundesrat ist indessen im Zeichen des neuen Aufschwungs gesonnen, keine wesentliche Änderung in der zurückhaltenden Zulassung ausländischer Arbeitskräfte vorzunehmen.

Die Teuerungsrate binnen Jahresfrist auf nunmehr wieder etwa 5% angestiegen, was aber zum grösseren Teil auf die nochmals stark gestiegenen Benzin- und Ölpreise zurückzuführen ist.

Einige Branchen lagen trotz des deutlichen Konjunkturauftriebs weiterhin noch auf der Schattenseite, so die Uhrenindustrie, deren Anteil an der Uhrenproduktion in der Welt ein weiteres Mal gesunken ist und nun nur noch knapp 24% beträgt, gegenüber rund 39% vor dem Rezessionseinbruch von 1974! Auch der Fremdenverkehr hatte je nach der Region Stagnation oder Rückgang zu verzeichnen, wobei aber die Übernachtungszahlen der Wintersaison 1979/80 zeigen, dass nirgends eine alarmierende Situation besteht. Trotz dem hohen Schweizer Franken ist die Schweiz ein begehrtes Reise- und Ferienland geblieben; die bemerkenswertesten Veränderungen zeigten sich bei den prozentualen Anteilen der Herkunftsänder der Gäste.

Wirklich grosse Sorgen machen eigentlich gegenwärtig nur die Bundesfinanzen. Die jährlichen Defizite treiben die Verschuldung rapide in die Höhe. Das Defizit der Bundesrechnung für 1979 stellte mit 1,7 Milliarden einen neuen Rekord auf, und die Aussichten für 1980 scheinen nicht besser zu sein. Der Bundesrat hat nach dem Jahreswechsel den eidgenössischen Räten ein drittes Finanz- und Sparpaket unterbreitet, das in mehreren Stufen und mit verschiedenen Massnahmen bis 1983 das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen wiederherstellen soll. Ob die verschiedenen Hürden im Parlament und in den notwendigen (oder fakultativen) Volksabstimmungen erfolgreich genommen werden können, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. Ein Teil der Sanierung soll auf Kosten der Kantone erfolgen, was natürlich prompt deren Widerstand herausfordert. Ohne kräftige Beschniedung der sog. Transferausgaben des Bundes müsste indessen ein Sanierungserfolg im beabsichtigten Mass illusorisch bleiben.

* * *

War es im Vorjahr die Affäre der enormen Kostenüberschreitungen beim Furkaturm, der statt den ursprünglich budgetierten 74 Millionen nunmehr 300 Millionen kostet, die viel zu reden gab und Empörung auslöste, so war 1979/80 das Jahr einer peinlichen Affäre im Zusammenhang mit den Panzern schweizerischer Produktion

(Panzer 68). Der Waffen-
chef der Mechanisierten
und Leichten Truppen,
Divisionär Häner, wider-
setzte sich der Herstel-
lung und Beschaffung ei-
ner vierten Serie dieses
Panzer-
typs in einem Brief
an den Generalstabschef,
in welchem er eine grosse
Zahl von zum Teil erheb-
lichen Mängeln dieses
Panzer-
typs rügte. Die
auch in der Presse ausge-
schlachteten Unzuläng-
lichkeiten dieses Panzer-
modells liessen die Frage
aufwerfen, ob der Panzer
68 überhaupt «kriegstaug-
lich» sei, was schliesslich
von einer besonderen Un-
tersuchungskommission
unter dem Vorsitz von
Nationalrat S. Widmer
(LdU, Zürich) in den
Sommermonaten 1979 speditiv und gründlich
abgeklärt worden ist. Am 20. Juni verfügte Bun-
desrat Gnägi den sofortigen Produktionsstopp
dieses Panzers. Zwei Tage später gab der Chef
des EMD seinen Entschluss bekannt, auf
Jahresende aus der Landesregierung zurück-
zutreten. Er konnte dadurch der Polemik die
persönliche Spitze nehmen.

In der Folge geriet auch eine Beschaffungsbotschaft für 207 Panzerhaubitzen des amerikanischen Typs M-109 unter Beschuss, weil die Kaufsumme von 890 Millionen im Lichte der Preise früherer Beschaffungen dieser Art als übertrieben erschien. Es sollte sich zeigen, dass die Mängelrüge von Divisionär Häner am Panzer 68 in allen Teilen gerechtfertigt war. Die Behebung früher aufgelisteter Mängel hatte bei den jüngeren Serien des Schweizer Panzers 68 zu neuen Mängeln geführt! Die vierte Serie soll erst fertiggebaut werden, wenn alle bedeutenderen Mängel behoben sind. In der Herbstsession wurde dann aber, nachdem genügende Unterlagen und Auskünfte vorgelegt worden waren, wenigstens die



Der neue Bundesrat : Leon Schlumpf
Begeistert feierten die Bündner ihren neuen Bundesrat.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Beschaffung der Panzerhaubitzen für die Artillerie in einem zweiten Anlauf bewilligt, allerdings mit einer Kürzung des Kredits auf 750 Millionen.

Spektakulär war schliesslich, dass der Bundesrat am 3. Dezember beschloss, inskünftig auf die Eigenentwicklung von Panzern in der Schweiz zu verzichten und das deutsche Modell Leopard 2 sowie den amerikanischen XM-1 evaluieren zu lassen. Ein in aller Eile von einem Industriekonsortium der Privatwirtschaft neu konzipierter Panzer (Typenbezeichnung NKPz) erhielt damit den Gnadenstoss, obschon er den Vorteil gehabt hätte, technisch und wirkungsmässig auf einer nächsthöheren Stufe zu stehen. Die misslichen Erfahrungen mit dem Schweizer Panzer 68 dürften, abgesehen vom Preis und vom Zeitpunkt der Einführung bei der Truppe, beim denkwürdigen Entscheid des Bundesrats auf einen Verzicht der Eigenentwicklung im Panzerbau psychologisch mit eine Rolle gespielt haben: Man zog einen besseren Spatz einer noch besseren Taube auf dem Dach vor! Die Lücke in diesem Rüstungsbe-

reich darf nicht noch grösser werden. Möglich bleibt immer noch der Lizenzbau eines ausländischen Panzers in der Schweiz.

* * *

Eine weitere Affäre, die im Vorjahr viel Staub aufgewirbelt hatte, wurde am 3. Juli durch Gerichtsurteil beigelegt. Der grosse Strafprozess über die Verfehlungen bei der Filiale Chiasso der Kreditanstalt ist in Bellinzona zu Ende gegangen, wobei die beiden Hauptangeklagten Kuhrmeier und Laffranchi $4\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus, die drei Nebenangeklagten Noseda, Villa und Gada 16 Monate Gefängnis unter Zubilligung des bedingten Strafvollzugs und eine Busse von Fr. 200 000.– erhielten. Kuhrmeier ist kurz darauf an Herzversagen gestorben. In einem zweiten Prozess, der sich auf die Höhe der von der Kreditanstalt geschuldeten Negativzinsen (Auslandgelder mussten in der fraglichen Zeit mit Zinsen von 10% im Quartal zugunsten des Bundes belegt werden) bezog, hat das Bundesgericht die diesbezügliche Zinsschuld der Kreditanstalt gegenüber Bundeskasse und Nationalbank sehr stark reduziert. Dadurch sind die sekundären Folgekosten der Affäre Chiasso für die SKA um Millionenbeträge vermindert worden.

* * *

Das Jahr 1979 war ein Jahr der Erneuerung des Nationalrats. Am zweitletzten Oktober-Wochenende fanden die Wahlen für die Legislaturperiode 1979–1983 statt. Bedenklich ist, dass lediglich 48% der Stimmbürger sich zu den Wahlurnen bequemten; das ist die niedrigste Quote der Beteiligung an Nationalratswahlen, die je registriert worden ist! Der Ausgang der Wahlen selber war wenig aufsehenerregend, sind doch alles in allem nur ganz geringe Verschiebungen von Parteimandaten zu verzeichnen gewesen. Gewinner waren die Freisinnigen (+ 4 Sitze), die Schweizerische Volkspartei (+ 2 Sitze), die Liberalen (+ 2 Sitze) und einige linke Splittergruppen (+ 5 Sitze), während die Sozialdemokraten (– 4 Sitze), der Landesring (– 3 Sitze), die Republikaner (– 3 Sitze), die Christlich-soziale Volks-

partei (– 2 Sitze) sowie die Partei der Arbeit (– 1 Sitz) die Verlierer gewesen sind. Am ehesten noch von Bedeutung ist, dass zwischen bürgerlichen Parteien und SPS wieder der Stand von vor 1975 hergestellt worden ist und dass die SVP ihren Stimmenanteil wieder deutlich über 10% zu steigern vermochte; der Anspruch der SVP auf einen Sitz in der Landesregierung kann nun nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Mit der POCH ist eine weitere Linksgruppe in den Nationalrat eingetreten. Die Stimmen- und Mandatverluste des Landesrings und der Republikaner sind im ersten Fall ein alarmierendes Zeichen des Niedergangs, im letzteren Fall ein fast vernichtendes Debakel.

Recht sonderbar ist, dass die paar Verschiebungen im Nationalrat durch gegenläufige Erscheinungen im Ständerat weitgehend kompensiert worden sind. Im Ständerat hat nämlich die FDP 4 Sitze eingebüßt, während die SPS ihrerseits 4 Sitze neu dazugewonnen hat! Auch die CVP vermochte einen weiteren Sitz zu gewinnen, so dass diese Partei mit 18 Ständeratsitzen ihr Übergewicht noch verstärkt hat, während die SPS mit nunmehr 9 Sitzen in der Kleinen Kammer immer noch gegenüber ihrem effektiven Wähleranteil in der Schweiz zahlenmäßig stark untervertreten ist. Die Liberalen sind mit 2 neu gewonnenen Sitzen (insgesamt 3) die einzige Partei, die in beiden Räten ihren Mandatbestand vermehrt hat. Die SVP verbleibt in der Kleinen Kammer bei ihren 5 angestammten Mandaten, während der Landesring im Ständerat nicht mehr vertreten ist.

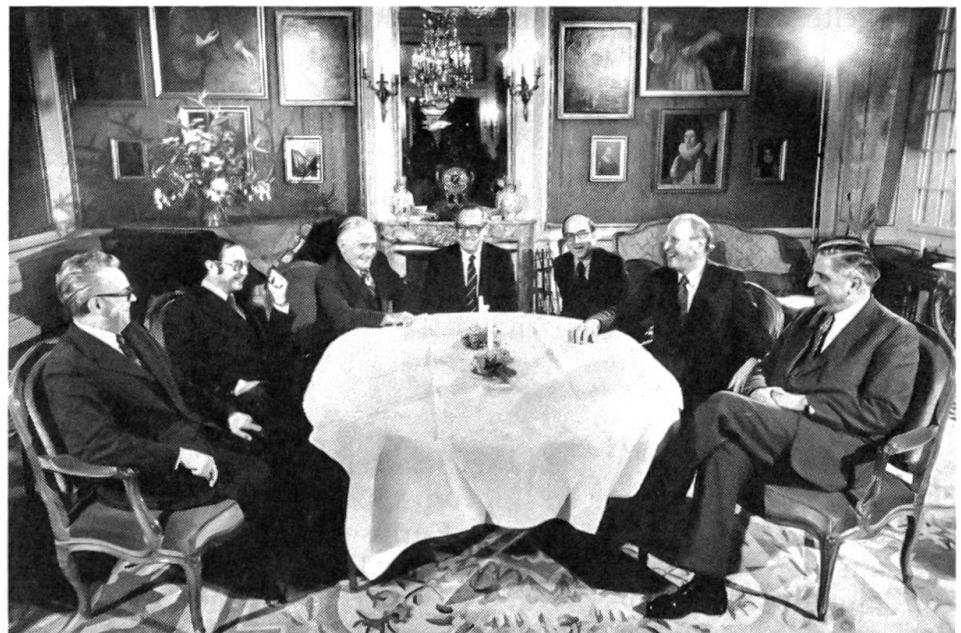
* * *

In der Dezembersession ist Bundesrat Georges-André Chevallaz ehrenvoll zum neuen Bundespräsidenten für 1980 gewählt worden. Als neuen Ratspräsidenten erkor der Nationalrat Hanspeter Fischer (SVP, Thurgau), der Ständerat Josef Ulrich (CVP, SZ). Mit Spannung sah man dem Ausgang der Ersatzwahl für Bundesrat Gnägi entgegen, waren doch erstmals von der SVP für den ihr zustehenden Bundesratssitz zwei Kandidaten vorgeschlagen worden. Es standen sich am 5. Dezember Ständerat Leon Schlumpf

aus Graubünden und Werner Martignoni (Bern) gegenüber, zwischen denen die Bundesversammlung eine delikate Wahl zu treffen hatte. Schlumpf obsiegte mit 159 Stimmen klar über Martignoni, auf den sich nur 72 Stimmen vereinigten. Die Wahl Schlumpfs in den Bundesrat bedeutet, dass der Kanton Bern nun mehr zum erstenmal seit 1848 durch keinen eigenen Repräsentanten in der Landesregierung vertreten ist.

Kurz vor Weihnachten befasste sich der Bundesrat mit der Departementsverteilung, die eine langwierige und schwierige Sitzung nötig machte. Was dabei herauskam, war reichlich überraschend. Bundesrat Chevallaz wechselte vom Finanz- und Zolldepartement ins EMD hinüber; Bundesrat Ritschard übernahm das bisherige Departement von Chevallaz, während der neu gewählte Bundesrat Schlumpf mit dem Verkehrs- und Energiedepartement betraut worden ist. Eine zweite, weitherum erwartete Rochade zwischen Furgler und Aubert ist an der Weigerung des letzteren, seine Domäne abzutreten, gescheitert, obwohl – oder vielleicht gerade weil – Auberts Amtsführung in verschiedener Hinsicht stark kritisiert worden war und sich ein diesbezügliches Missbehagen in einem schlechten Resultat seiner Wiederwahl (nur 124 Stimmen) im Parlament niedergeschlagen hatte.

Wenig später entledigte sich Aubert seines ersten Stellvertreters. Staatssekretär Weitnauer wurde bis zur Erreichung der Altersgrenze beurlaubt und durch den bisherigen Botschafter der Schweiz in den USA, Probst, in der organisatorischen Schlüsselstellung des Amtes für Auswärtiges ersetzt. Diese Mutation hat hohe Wellen geworfen; die in der Presse aufgetauchte Behaup-



Der Gesamtbundesrat im von-Wattenwyl-Haus

Die Sitzung galt der Neuverteilung der Departemente nach der Wahl von Bundesrat Schlumpf. V.l.n.r. die Bundesräte Schlumpf, Aubert, Chevallaz, Hürlimann, Furgler, Ritschard und Honegger.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

tung, es habe sich um eine departementsinterne Intrige gehandelt, soll unzutreffend sein. Der Bundesrat hat die vorzeitige Verabschiedung Weitnauers gedeckt, diesem gleichzeitig aber den Dank für die geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen. Ein bitterer Nachgeschmack bleibt zurück.

In der Berichtsperiode ist eine ganze Anzahl von wichtigen Sachfragen entschieden worden. So wurde am 20. Mai das zweite Finanzpaket trotz dem darin reduzierten Mehrwertsteuersatz stark verworfen, auf der anderen Seite aber das revidierte Atomgesetz angenommen. Das Parlament beschloss die Wiedereinführung des Gurtenobligatoriums für Autofahrer und sprach sich für einen Konsumentenschutzartikel sowie für ein neues Raumplanungsgesetz aus. Hingegen wurde die Wiedereinführung der Todesstrafe, eine Verschärfung des Waffenausfuhrgesetzes und ein sofortiger Übergang zur Sommerzeit abgelehnt. Letzterer Entscheid hat zur Folge, dass mindestens im Jahr 1980 die Schweiz in Europa

eine «Zeitinsel» darstellt. Alle umliegenden Staaten sind nämlich jetzt zur Sommerzeit übergegangen. Für die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen ergaben sich daraus etwelche Schwierigkeiten; die SBB mussten vorübergehend einen «Notfahrplan» einführen. Grössere Nachteile haben sich indessen aus diesem Alleingang der Schweiz nicht ergeben. Das Schweizervolk hat die Verfassungsinitiative auf Trennung von Kirche und Staat deutlich verworfen.

* * *

In der Berichtsperiode haben zwei Staatsbesuche von gekrönten Häuptern stattgefunden. Am 19. Juni 1979 besuchten König Juan Carlos und Königin Sophie von Spanien die Schweiz, Ende April/Anfangs Mai 1980 Königin Elisabeth II. in Begleitung von Prinzgemahl Philipp. Umgekehrt hat Bundesrat Honegger je einen Besuch in Irak und in Saudi-Arabien absolviert, wobei in erster Linie wirtschaftliche Gespräche abgehalten worden sind. Bundesrat Aubert begab sich in offiziell-

er Mission auf eine Afrikareise, besuchte Washington und nahm, zusammen mit dem schweizerischen Botschafter in Jugoslawien, Hess, an den Trauerfeierlichkeiten für Staatschef Tito am 8. Mai in Belgrad teil.

* * *

Zum Schluss richten wir unseren Blick noch auf den *Kanton Bern*. Die Abtrennung der drei ehemals nordjurassischen Amtsbezirke, die nunmehr den neuen Kanton Jura bilden, hat nicht zu einer dauernden Befriedung geführt. Das Rassemblement jurassien (RJ) ist nach wie vor entschlossen, den Kampf gegen Bern weiterzuführen, um die bernisch gebliebenen südjurassischen Amtsbezirke, die sich mit einer kompakten Mehrheit für ein Verbleiben im bernischen Staatsverband ausgesprochen hatten, dem Kanton Jura anzuschliessen. Die Strategie des RJ geht einerseits dahin, den neuen Kanton als Basis für die Annexionspläne in einen «Kampfkan-ton» umzufunktionieren, anderseits durch ständige Provokationen innerhalb des Berner Jura Unruhe zu stiften. Die Aktionen des RJ im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass mit einer baldigen Erledigung dieses zu einem neuen «Juraproblem» aufgebauschten politischen Anspruchs nicht zu rechnen ist.

Das RJ hat zunächst die auf den 11. Mai 1979 vorgesehene Feier zur Gründung des Kantons Jura durch Drohungen gesprengt. Die Regierung des Kantons Jura sah sich gezwungen, die Feierlichkeiten in Delsberg kurzfristig abzusagen. Der Stein des Anstoßes ist formell die Tatsache gewesen, dass Bundesrat Furgler ebenfalls zur



Der Jura kommt kaum zur Ruhe
Berntreue Extremisten versuchen, eine Versammlung des Rassemblement Jurassien im bernischen Cortébert zu stören.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Feier eingeladen worden war. Furgler passte dem RJ nicht, weil dieser Bundesrat kurz zuvor in scharfen Worten die verfassungswidrigen Theorien des Vizepräsidenten des RJ und Nationalrats Crevoisier im Ratssaal kritisiert hatte. Im Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung zeigten sich die ersten Spannungen innerhalb des RJ, indem die jurassischen Regierungsräte am 9. Mai allesamt ihren Rücktritt aus der Führung des RJ erklärten. Im Verlaufe des Jahres spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des RJ so zu, dass auch der Schein der Einheit nach aussen nicht mehr gewahrt werden konnte. Roger Schaffter und einige andere prominente RJ-Exponenten überwarfen sich mit Béguelin, der hierauf zu einer Reorganisation der Kampfbewegung schritt und das Zentrum der Organisation in den Berner Jura verlegte. Im Juli kam es zu einer gewalttätigen Demonstration der Béliers in Tramelan, am «Fest des jurassischen Volkes» am 2. September zu einem politischen Eklat in Delsberg, indem Béguelin mit ultimativen Worten eine unverzügliche «Rückgabe» der Stadt und des Bezirks Moutier an den Kanton Jura und Verhandlungen über die Zugehörigkeit der Bezirke Courtelary und Neuveville verlangte.

Im März wurden die Berner Regierung und die Polizei durch die Abhaltung der Delegiertenversammlung des RJ in Cortébert im Berner Jura hart provoziert, wobei es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Berntreuen und dem RJ kam. Eine Hausdurchsuchung des Hotels de l'Ours durch die Berner Polizei brachte ein Arsenal von Waffen und Schlaginstrumenten, nebst anderen Gegenständen paramilitärischer Natur, zum Vorschein. Béguelin klagte die Berner Regierung an einer Pressekonferenz in Bern des Rechtsmissbrauchs an. Die Regierungsräte Bauder und Martignoni entgegneten auf die Provokationen des RJ mit harten Worten. (Der Bundesrat hatte zuvor eine Erklärung abgegeben, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb des Kantonsgebiets Sache des Kantons und nicht des Bundes sei, solange die kantonalen Ordnungskräfte für diesen Zweck ausreichten.) Die Konfrontation mit dem RJ hat die gute Zusammenarbeit der bernischen Verwaltungsstellen mit dem Kanton Jura zur Abwicklung der



Der neue Stadtpräsident von Bern: Werner Bircher

Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Reynold Tschäppät wählten die Stadtberner Stimmberechtigten am 21. Oktober 1980 Gemeinderat und Finanzdirektor Werner Bircher zum neuen Stadtpräsidenten von Bern.

noch hängigen Fragen der Trennung und der Ingangstellung der jurassischen Kantonsinstanzen aber kaum zu beeinträchtigen vermocht. Auf dieser Ebene herrscht ein guter Geist der Zusammenarbeit und des freundiggenössischen Einverständnisses.

* * *

In den Nationalratswahlen im Kanton Bern ergab sich ein Sitzverlust der Sozialdemokraten. Die Berner SVP verfügt seither im Nationalrat über einen Sitz mehr als die SP, die FDP über 6 Sitze. Nicht so ganz überraschend war, dass das Berner Volk mit dem Wahlzettel zugunsten des



Ständerat Arthur Hänsenberger, Oberdiessbach (FDP)
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Berner Jura demonstrierte, indem mehrere jurasische Kandidaten mit Rekordstimmenzahlen in die Grosse Kammer gewählt wurden, allen voran Geneviève Aubry aus Tavannes, die mit einer sehr aktiven Frauengruppe schon frühzeitig im Jura eine politische Avantgarde der Abwehr des Separatismus aufgestellt und angeführt hatte. Ins eidgenössische Parlament gewählt wurden auch die beiden Regierungsräte Martignoni und B. Müller. Nachdem der Kanton Bern den Wahlmodus der Ständeräte abgeändert hatte, oblag es nun erstmals nicht mehr dem Grossen Rat, sondern dem Bernervolk, seine Vertreter in der Kleinen Kammer zu wählen. Die durch Demission vakant gewordenen beiden Berner Sitze sind Hänsenberger (FDP) und Gerber (SVP) zugefallen.

len; der letztere ist auch Präsident des Bauernverbandes. Wenig Freude machte den Bernern, dass nach dem Rücktritt von Bundesrat Gnägi dank der Wahl von Bundesrat Schlumpf nunmehr kein Berner mehr in der Landesregierung vertreten ist. Die Stadt Bern hatte am 3. Juli den Tod ihres seit dreizehn Jahren amtierenden Stadtpräsidenten Reynold Tschäppät (SP) zu beklagen. Zu dessen Nachfolger wurde am 21. Oktober Werner Bircher (FDP) gewählt. Anfangs Mai 1980 gab Regierungsrat Dr. Bauder (FDP) seinen Rücktritt aus der bernischen Regierung bekannt. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

* * *

Der Berner Grosse Rat hatte wiederum ein gerütteltes Mass an gesetzgeberischer und politischer Arbeit zu erledigen. In der Maisession 1979 fanden die üblichen Präsidentenwahlen statt, in welchen H. Krähenbühl (FDP, Steffisburg) zum Grossratspräsidenten und Ernst Blaser zum neuen Regierungspräsidenten erkoren wurden. In der gleichen Session ist Art. 84 der Staatsverfassung abgeändert worden. Einstimmig wurde die organisatorische Gleichstellung der drei anerkannten Kirchen verwirklicht. In der Septembersession wurde eine Harmonisierung der Primar- und Mittelschulen vorgenommen, die im wesentlichen eine qualitative Aufwertung der Primarschulen bringt. Der bernische Souverän hat über die beiden Gesetze noch abschliessend sein Verdikt auszusprechen. Das gesetzgeberische Haupttraktandum der Novembersession des Grossen Rats war die Ermöglichung einer Reduktion der Handänderungsabgaben bei Strukturänderungen von Unternehmen. Die fiskalischen Konsequenzen hatten vielfach solche organisatorische Änderungen erschwert oder verunmöglicht.

Die Februarsession sah eine Revision von Art. 3 und 4 der Staatsverfassung, um die im Kanton Bern geltenden Ausschlussgründe der Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen dem neuen Bundesgesetz, das diese Materie regelt, anzupassen. Ausserdem wurde ein Steuergesetzgebungs-Paket verabschiedet. Eine Steuerinitiative

des Landesring ist dem Volk zur Verwerfung empfohlen worden. Eine Alternative des Grossen Rats will das Steuergesetz ihrerseits einer Revision unterziehen. Diese kommt, sofern dagegen nicht noch das Referendum ergriffen wird, nach einer allfälligen Verwerfung der LdU-Initiative im Juni 1980 automatisch zum Zug. In der Maisession schliesslich befasste sich der Grosse Rat mit der zweiten Lesung des Gesetzes über die politischen Rechte und mit der Revision der Organisation der Gerichtsbehörden und des Strafverfahrens. Wichtigste Änderung ist, dass inskünftig Fälle von Wirtschaftskriminalität dem Geschworenengericht entzogen und einer Kammer des Obergerichts unter Bezug von Handelsrichtern zugewiesen werden sollen. Es hatte sich gezeigt, dass das Geschworenengericht angesichts der ausserordentlichen Kompliziertheit der Verhältnisse bei Wirtschaftsdelikten überfordert war. Das pendente Volksbegehr gegen die Verwilderung der Badesitten soll, wie der Regierungsrat beantragte, nicht vor den Souverän gebracht werden.

Am 13. Mai 1980 war im Berner Rathaus wieder Wahltag. Zum Präsidenten des Grossen Rats 1980/81 wurde mit einem glanzvollen Resultat Walter Stoffer (SP, Biglen) gewählt. Neuer Regierungspräsident wurde mit einem fast so guten Resultat Henri-Louis Favre.

* * *

Am 20. Mai 1979 ist in einer Volksabstimmung einem Ausbau der kantonalen Gartenbauschule Oeschberg und der Erweiterung der Ingenieurschule in Biel zugestimmt worden. Am 2. Dezember stimmte der Berner Souverän auch der Verfassungsänderung von Art. 84 der Staatsverfassung (Gleichstellung der drei Kirchen) und einer neu konzipierten Gesamtsanierung der Strafanstalt Witzwil mit beträchtlichen baulichen Veränderungen zu. Am 2. März fand auch der geplante Spitalneubau Langnau die Billigung des Souveräns.

Die Entscheidung über das Schicksal des Laufentales ist in der Berichtsperiode um zwei wichtige Schritte nähergerückt. Zunächst fand am 13. Januar eine Ausmarchung über die mögli-



Ständerat Peter Gerber, Frienisberg (SVP)
Photopress-Bilderdienst, Zürich

chen Anschlusskantone in einer regionalen Volksabstimmung statt, in welcher der Kanton Basel-Stadt ausschied. Hierauf hatten sich die Laufentaler über die beiden noch im Rennen gebliebenen Kandidaten Solothurn und Basel-Land auszusprechen. Am 13. März fand die vorgesehene zweite Abstimmung im Selbstbestimmungsverfahren dieses durch die Abtrennung des Kantons Jura zu einer Exklave gewordenen Kantonsteils statt. Diese zeigte eine starke Bevorzugung eines eventuellen Anschlusses an den Kanton Basel-Land. Es werden nunmehr Verhandlungen über einen Anschlussvertrag mit diesem Kanton aufgenommen, der vom Laufental und vom Kanton Basel-Land genehmigt werden muss. Kommt kein befriedigender Vertrag zu-

stande, so bleibt es beim bisherigen Zustand. Eine eventuelle Veränderung der Kantonszugehörigkeit dieses Amtsbezirks bedarf letzten Endes der Zustimmung des eidgenössischen Souveräns. Ohne diese Zustimmung sind in der Schweiz auf Grund der Verfassungslage keine Gebietsveränderungen möglich.

Es sei in diesem Zusammenhang noch vermerkt, dass darüber, ob auch noch bei einer eventuellen Änderung der Kantonszugehörigkeit von zwei Gemeinden im Jura eine eidgenössische Volksabstimmung nötig sei, von denen die eine gegen ihren erklärten Willen bei der Gründung des Kantons Jura dem Kanton Bern (Vellerrat), die andere gegen ihren Willen dem Kanton Jura (Ederswiler) zugewiesen worden ist, gegenwärtig noch Unklarheit herrscht. Darüber, dass diesen beiden Gemeinden entsprechend ihrem Wunsch entgegengekommen werden soll, ist man sich anderseits einig.

* * *

Erwähnenswert ist schliesslich noch, dass im Juli Unterseen mit einem grossangelegten Fest das 700-Jahr-Jubiläum des von Rudolf von Habsburg verliehenen Stadtrechts feiern konnte, am 26. August Biel ein prächtiges Trachtenfest erlebte und im Oktober in Laupen die letzte grosse Kläranlage im Kanton Bern eingeweiht werden konnte, die für die Sanierung des Wassers im Bielersee von Bedeutung ist. Der Autobahnbau hat in diesem Jahr die Inbetriebnahme eines kurzen Stücks zur Umfahrung von Bethlehem und eines Teilstücks auf der Kantonsstrecke Bern–Biel westlich von Schönbühl erbracht. Abgesehen von einigen lokalen Ungewittern und einigen Brandfällen, ist der Kanton Bern im Berichtsjahr von Katastrophenereignissen glücklicherweise verschont geblieben.

Hans Rudolf Böckli

Fritzchen fragt seine Mutter: «Bekommen unsere Lehrer auch Geld?» – «Na klar, warum fragst du?» – «Weil doch alle Arbeit in der Schule wir machen müssen!»

GUY DE MAUPASSANT

Der Holzklotz

pan. Der Salon war klein, mit Stoffvorhängen ausgeschlagen und von einem diskreten Wohl-duft erfüllt. In einem breiten Kamin loderte ein grosses Feuer. Die einzige, auf eine Ecke des Kamins gestellte Lampe warf ihr von einem Schirm aus alten Spitzen gedämpftes Licht auf die beiden Sprechenden.

Die Hausherrin war eine jener betagten, weisshaarigen Damen, deren faltenlose, seidenpapierfeine Haut bis in die Poren vom Parfüm der Badezusätze durchtränkt ist, die sie seit langer Zeit für ihre Körperpflege verwendet. Ihrer Hand entströmte beim darauf gedrückten Kuss jener zarte Wohlgeruch, der einem beim Öffnen einer Schachtel mit Florentiner Irispuder in die Nase dringt.

Er war ein Jugendfreund, ein Hagestolz, der alle Wochen auf Besuch kam, ein Gefährte auf der Reise durchs Leben. Mehr bedeutete er ihr nicht.

Seit ungefähr einer Minute war das Gespräch verstummt. Beide starrten in das Feuer, gaben sich einem verträumten Schweigen hin, wie es Menschen vertraut ist, die nicht stets zu reden brauchen, um sich beieinander wohlzufühlen, und hingen selbstvergessen irgendeinem Gedanken nach.

Plötzlich polterte ein grosser Holzklotz, ein flammender Wurzelstrunk, herab. Er hüpfte über den Feuerbock in den Salon, rollte über den Teppich und spie nach allen Seiten stiebende Funkengarben.

Fluchtbereit schnellte die Greisin mit einem Schrei empor, während einige Fusstritte ihres Freundes das grosse Glutstück ins Kamin zurückbeförderten, worauf er mit der Sohle die ringsherum abgesprengten Glutstücklein zertrat.

Als das Unheil wieder gutgemacht war, verbreitete sich ein durchdringender Brandgeruch. Der Herr setzte sich neuerdings seiner Freundin gegenüber, betrachtete sie lächelnd, und auf den zur Feuerstelle zurückbeförderten Holzklotz weisend, sagte er: